

Taxiverordnung der Stadt Olten

vom 20. März 1997

Das Gemeindeparlament der Stadt Olten, gestützt auf Art. 21 der Gemeindeordnung, beschliesst:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Zweck

Diese Verordnung regelt das Halten und Führen von Taxis auf öffentlichen Strassen und Plätzen im Stadtgebiet von Olten.

Art. 2 Aufsicht

Das Taxiwesen steht unter Aufsicht der Stadtpolizei.

II. Konzession

Art. 3 Konzessionspflicht

Für den gewerbsmässigen Transport von Personen mit Motorfahrzeugen vom Gebiet der Stadt Olten aus bedarf es einer Konzession, die der Stadtrat erteilt.

Für ausserordentliche Anlässe kann das Ressort Öffentliche Sicherheit ausnahmsweise befristete Konzessionen erteilen.

Art. 4 Konzessionsvoraussetzungen

Konzessionen dürfen nur an Personen erteilt werden, die handlungsfähig sind, einen guten Leumund besitzen und für eine einwandfreie Geschäftsführung Gewähr bieten.

Art. 5 Konzessionsarten

Mit der Konzession A werden der Inhaber und die Inhaberin berechtigt, die zugelassenen Taxis auf den zugewiesenen Taxistandplätzen aufzustellen.

Mit der Konzession B werden der Inhaber und die Inhaberin berechtigt, mit den zugelassenen Taxis von privaten Standplätzen Taxifahrten auszuführen.

Die Konzessionen sind persönlich und nicht übertragbar.

Die Konzessionen werden für das Kalenderjahr erteilt und verlängern sich jeweils stillschweigend um ein Jahr, sofern nicht vor Ablauf das zuständige Ressort das Entzugsverfahren einleitet.

Die Konzessionsinhaber und Konzessionsinhaberinnen sind verpflichtet, gemeinsam einen Pikettdienst sicherzustellen.

Art. 6 Standplätze

Die Zuweisung der öffentlichen Standplätze erfolgt durch die Stadtpolizei.

Die Stadtpolizei erlässt für die bewilligten Standplätze besondere Weisungen.

Art. 7 Pflichten

Der Inhaber und die Inhaberin einer Konzession haben sich an die gesetzlichen Vorschriften und polizeilichen Weisungen zu halten.

Art. 8 Entzug der Konzession

Der Stadtrat kann auf Antrag des Ressorts Öffentliche Sicherheit eine erteilte Konzession dauernd oder vorübergehend entziehen, wenn

- a) die Voraussetzungen für eine Erteilung nicht mehr erfüllt sind
- b) der Inhaber oder die Inhaberin gegen gesetzliche Bestimmungen oder Vorschriften dieses Reglementes verstossen hat
- c) die Konzessionsgebühr nicht entrichtet wurde
- d) dies zur Gleichbehandlung mehrerer Bewerber oder Bewerberinnen erforderlich ist.

III. Vorschriften über das Führen von Taxifahrzeugen

Art. 9 Bewilligungspflicht

Für das Führen eines Taxis vom Gebiet der Stadt Olten aus ist eine Bewilligung der Stadtpolizei erforderlich.

Die Bewilligung wird in Form eines Taxiausweises erteilt.

Art. 10 Bewilligungsvoraussetzungen

Die Bewilligung wird erteilt, wenn der Bewerber oder die Bewerberin über die erforderlichen Führerausweise und einen guten Leumund verfügt und für eine einwandfreie Berufsausübung Gewähr bietet.

Die Stadtpolizei kann eine vertrauensärztliche Untersuchung anordnen.

Art. 11 Pflichten

Der Inhaber und die Inhaberin einer Bewilligung haben sich an die gesetzlichen Vorschriften und polizeilichen Weisungen zu halten.

Der Taxiausweis ist auf allen Taxifahrten mitzuführen und der Polizei auf Verlangen vorzuweisen.

Bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses ist der Taxiausweis vom Inhaber oder der Inhaberin der Stadtpolizei zurückzugeben. Der Inhaber oder die Inhaberin der jeweiligen Taxikonzession ist für die Rückgabe des Ausweises mitverantwortlich.

Art. 12 Entzug der Bewilligung

Das Ressort Öffentliche Sicherheit kann auf Antrag der Stadtpolizei eine erteilte Bewilligung dauernd oder vorübergehend entziehen, wenn

- a) die Voraussetzungen für eine Erteilung nicht mehr erfüllt sind
- b) der Inhaber oder die Inhaberin gegen gesetzliche Bestimmungen oder Vorschriften dieser Verordnung verstossen hat
- c) die Bewilligungsgebühr nicht entrichtet wurde.

IV. Betriebsvorschriften

Art. 13 Ausrüstung

Jedes Taxi muss mit einer Taxuhr versehen sein, von welcher der Fahrpreis abgelesen werden kann.

Die Taxuhr muss vom Lenkersitz eingeschaltet werden können und für den Gast gut sichtbar und während der ganzen Dienstleistung ablesbar sein.

Die Stadtpolizei ist befugt, Taxuhren jederzeit zu kontrollieren und Taxis mit defekten Taxuhren oder sonstigen Defekten aus dem Betrieb zu nehmen.

Aus dem Betrieb genommene Taxis dürfen erst wieder eingesetzt werden, wenn sie von der Stadtpolizei nachgeprüft worden sind.

Art. 14 Kennzeichnung

Jedes Taxi ist als solches zu kennzeichnen und mit einer Firmenbezeichnung zu versehen.

Wird das Taxi nicht für Taxifahrten verwendet, so ist das Taxikennzeichen zu entfernen oder abzudecken.

Art. 15 Taxifahrten

Auf Taxifahrten sind folgende Vorschriften zu beachten:

- a) Jedem Fahrbegehren ist sofort Folge zu leisten, sofern nicht eine Bestellung vorliegt oder der gewünschte Transport nicht zumutbar ist.
- b) Bei Fahrten nach Tarif ist die Taxuhr erst einzuschalten, wenn der Fahrgast in das Taxi eingestiegen ist und das Fahrziel genannt hat.
- c) Wird das Taxi auf eine bestimmte Zeit bestellt, so kann die Taxuhr auf diesen Zeitpunkt in Betrieb gesetzt werden; sofern möglich, ist dem Besteller oder der Bestellerin die Ankunft zu melden.
- d) Ohne Einwilligung des Fahrgastes darf der Taxichauffeur oder die Taxichauffeuse im Taxi keine weiteren Personen mitführen und während der Fahrt nicht rauchen.
- e) Vor Antritt einer längeren Fahrt kann vom Fahrgast ein Vorschuss bis zur voraussichtlichen Höhe des Fahrpreises verlangt werden.
- f) Ohne anderslautende Auftragserteilung des Fahrgastes ist stets der kürzeste Weg zum Fahrziel einzuschlagen.
- g) Nach Beendigung der Fahrt ist die Taxuhr sofort auf Kassa zu stellen; die Taxuhr darf erst umgestellt werden, wenn der Fahrgast bezahlt hat.

- h) Der Taxichauffeur und die Taxichauffeuse haben im Taxi die Tarife gut lesbar anzubringen, die Taxiordnung mitzuführen und auf Verlangen dem Fahrgast vorzuweisen.

V. Gebühren und Tarife

Art. 16 Gebühren

Der Stadtrat legt in einer besonderen Gebührenordnung die jährlichen Gebühren für die Erteilung der Konzession A und B, für Ausnahmegewilligungen sowie für den Taxiausweis fest. Dabei gelten die allgemeinen Bestimmungen der städtischen Gebührenordnung.

Die Gebühren sind jeweils vor Beginn des betreffenden Konzessionsjahres der Stadtkasse zu überweisen.

Art. 17 Tarife

Der Stadtrat setzt, auf Antrag des zuständigen Ressorts nach Anhörung der Konzessionsinhaber und -inhaberinnen, die jeweils gültigen maximalen Taxitarife fest und gibt sie diesen bekannt.

VI. Schlussbestimmungen

Art. 18 Verwaltungsstrafe

Widerhandlungen gegen Vorschriften dieser Verordnung oder gestützt darauf erlassene Tarife, Weisungen und Verfügungen werden mit Busse im Rahmen der Friedensrichterkompetenz bestraft.

Vorbehalten bleiben die Strafbestimmungen in den einschlägigen Erlassen des eidgenössischen und kantonalen Rechtes.

Art. 19 Beschwerde

Gegen Verfügungen der Stadtpolizei kann innert 10 Tagen schriftlich und begründet beim Ressort Öffentliche Sicherheit Beschwerde erhoben werden. Dessen Entscheide sind innert 10 Tagen an den Stadtrat weiterziehbar. Auch diese Beschwerde ist schriftlich zu begründen und hat einen Antrag zu enthalten.

Art. 20 Streitigkeiten

Die Stadtpolizei behandelt Anzeigen und Beschwerden von Fahrgästen, Chauffeuren und Chauffeusen, welche die korrekte Anwendung dieser Ordnung betreffen.

Zivilrechtliche Ansprüche aus Nichterfüllung oder nicht richtiger Erfüllung von Aufträgen sind an den Zivilrichter oder die Zivilrichterin zu richten.

Art. 21 Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am 24. April 1997 in Kraft.

Die Taxiverordnung vom 19. Juni 1964 wird auf diesen Zeitpunkt aufgehoben.